

mitarbeiten 04/2013

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buengerbeteiligung.de

Inklusion durch bürgerschaftliches Engagement

Mittenmang statt nur dabei

Menschen mit Behinderung wurden bislang stets eher als Objekte des Engagements gesehen und nicht als eigenständige Gestalter/innen unserer Gesellschaft. Eine neue Publikation wirbt nun für den Abbau von strukturell oder materiell bedingten Engagement-Barrieren und setzt sich für einen Paradigmenwechsel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Beurteilung ein: Behinderte Menschen können Engagement aktiv mittragen. Um ihre Engagement- und Beteiligungspotenziale zu aktivieren, brauchen sie Unterstützung auf ihrem Weg »vom Klienten zum Freiwilligen«.

Das bürgerschaftliche Engagement für ausgegrenzte, diskriminierte und behinderte Menschen gehört zum zivilgesellschaftlichen Alltag, ihr eigenes Engagement steht dagegen weniger im Fokus. Dies zu ändern war das Ziel des in Schleswig-Holstein ansässigen Pilotprojekts »mittenmang«. Der plattdeutsche Name des Vereins ist dabei Programm: Beeinträchtigte, behinderte und ausgegrenzte Menschen sollen mittenmang, also mittendrin in der Gesellschaft sein. Grundlegend für diese Idee des bürgerschaftlichen Engagements ist die Vorstellung einer Bürgergesellschaft, in der es auf alle ankommt, gepaart mit einem Gerechtigkeitsempfinden, das nicht akzeptieren will, dass Menschen von der Gesellschaft ausgeschlossen und an den Rand gedrängt werden. Im Jahr 2005 als

Pilotvorhaben gestartet, avancierte der Verein in den Folgejahren zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt. Im Rahmen der Landesinitiative »alle inklusive« des Sozialministeriums in Schleswig-Holstein wurde mittenmang als Referenzprojekt für Inklusion ausgewählt.

Mittenmang zeigt: Beeinträchtigte und behinderte Menschen wollen und können sich für andere und für das Gemeinwesen engagieren. Mittenmang gibt diesem Personenkreis als Brückenbauer aktive Starthilfe

beim Sprung vom »bedürftigen Objekt« sozialer Hilfen zum freiwillig engagierten Subjekt.

Die Publikation erzählt vor diesem Hintergrund eine engagement- und beteiligungspolitische Erfolgsgeschichte, deren Ergebnisse übertragbar sind auf andere

Menschen am gesellschaftlichen Rand. Nicole D. Schmidt und Petra Knust, die beiden Initiatorinnen des Projekts, berichten über ihre Erfahrungen mit etwa 120 längerfristig engagierten Freiwilligen. Das Buch versteht sich dabei nicht als wissenschaftliche Arbeit, sondern als »Rezeptbuch« und Arbeitshilfe für Praktiker/innen. Gleichwohl liegt hier kein klassischer Erfahrungsbericht vor, sondern ein Text, der zur kritischen Reflexion und zur bürgerschaftlichen Aktion anregen will.

Klar ist: bürgerschaftliches Engagement stärkt Engagierte in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Im Rahmen von mittenmang hat das engagierte Handeln einen inkludierenden Effekt. Dieser fußt auf der Überzeugung, dass Menschen an den Randzonen unserer Gesellschaft in der Lage sind, sich zu engagieren und mitzugestalten. Die Lebens- und Engagementgeschichten von mittenmang-Freiwilligen machen deren Ringen um ihren Platz in der Gesellschaft deutlich und zeigen, dass bürgerschaftliche Engagement die Betroffenen in die Gesellschaft hineinzuholen vermag.

Klar ist aber auch: Ohne eine qualitativ hochwertige Engagementbegleitung und ohne Empowerment geht das mittenmang-Konzept nicht auf. Die Autorinnen zeigen, wie die Freiwilligen im Engagement unterstützt werden und wie eine praxisnahe Fortbildung angelegt sein muss. Einen Schwerpunkt bilden dabei die eigens entwickelten inkludierenden Bildungsangebote, die alle Freiwilligen einbeziehen.

Ein zentrales Ergebnis des Projekts ist, dass eine vermeintlich »engagementabstinente« Gruppe Zugang zu einem weitgehend



(Fortsetzung von Seite 1)

Mittenmang statt ...

bildungsbürgerlich geprägten Handlungsfeld bekommen kann. Die Autorinnen plädieren für eine neue Definition bürgerschaftlichen Engagements. Ein erweiterter Engagementbegriff öffnet ihrer Ansicht nach den Blick für eine Vielzahl freiwilliger Aktivitäten in unterschiedlichen Communities und bahnt somit einen Weg für mehr gesellschaftliche Anerkennung derjenigen, von denen bislang angenommen wurde, dass sie überhaupt kein Interesse am bürgerschaftlichen Engagement haben. Engagement setze dann »nicht unbedingt eine mittlere oder hohe gesellschaftliche Statusposition voraus«. Zudem plädieren die Autorinnen dafür, zukünftig politische Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement zusammenzudenken und gendergerecht für gesellschaftlich »Randständige« zu öffnen.

Damit behinderte oder beeinträchtigte Menschen die Chance haben, dieses Freiheitsrecht wahrzunehmen, sind in der Praxis noch viele Barrieren zu überwinden. Die Autorinnen fordern beispielsweise Kommunen auf, Engagement-Barrieren abzubauen und Engagement-Begleitung finanziell abzusichern; dies gehöre »grundsätzlich in den Katalog der kommunalen Gleichstellungsmaßnahmen«. Ein Recht auf Teilhabe nach »Kassenlage der Kommunen« stelle keinen vertretbaren Weg dar. Die Autorinnen plädieren für die »Institutionalisierung von Beteiligung«, um die Beteiligungsergebnisse, also Teilhabeerfolge, nachhaltig zu sichern. Es bedarf verlässlicher Strukturen und Formen, die nicht immer wieder aufs Neue erkämpft werden müssen. Als solche nennen sie zum Beispiel kommunale Orte wie Freiwilligenzentren oder Bürgerbüros, aber auch Politik gestaltende Partizipationsformen.

Nicole D. Schmidt/Petra Knust: mittenmang dabei! Bürgerschaftliches Engagement als Chance. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 45, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2013, 172 S., 10,- Euro, ISBN 978-3-941143-16-6, zu beziehen über den Buchhandel oder unter www.mitarbeit.de

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Agenda für einen demokratiepolitischen Aufbruch

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung hat eine demokratiepolitische Agenda ausgearbeitet, die als Orientierung für die weitere Förderung einer partizipativen Demokratie in Deutschland dienen soll. Die Agenda versammelt – zusammengefasst in acht Punkten – die wichtigsten Empfehlungen an Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung. Das seit 2011 aktive Netzwerk Bürgerbeteiligung hat das Ziel, der politischen Partizipation in Deutschland dauerhaft mehr Gewicht zu verleihen.

Um die gesellschaftlichen Potentiale demokratischer Beteiligung in Zukunft weiter zu entwickeln, plädiert das Netzwerk Bürgerbeteiligung dafür, die vorhandene Beteiligungsbereitschaft weiter zu aktivieren und einen offenen gesellschaftlichen Lernprozess anzustoßen; Beteiligung müsse zu einer »alltäglich verfügbaren Möglichkeit« avancieren. Die Akteure in Parteien und Parlamenten, in öffentlichen Verwaltungen, in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Unternehmen und in der engagierten Bürgerschaft sollten die Möglichkeit erhalten, entsprechende demokratische Handlungs- und Beteiligungskompetenzen aufzubauen. Dazu ist es erforderlich, eine nachhaltige Beteiligungs- und Engagementinfrastruktur zu etablieren. Insbesondere auf kommunaler Ebene gilt es, Bürgerbeteiligung durch eine partizipative Leitkultur zu stärken. Verschiedene Kommunen haben in diesem Sinne bereits kommunale Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeitet, ohne dass dies flächendeckender Standard in Deutschland wäre.

Zugleich bedarf es in einer Gesellschaft wachsender Ungleichheit und Ausgrenzung besonderer Anstrengungen, um eine gleichberechtigte politische Teilhabe sicherzustellen. Das Netzwerk fordert die verantwortlichen Akteure auf, Maßnahmen zu ergreifen, um beispielsweise Menschen, die am Rande unserer

Gesellschaft leben, für Beteiligung zu gewinnen und sie dabei zu unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren. Erforderlich sei eine »nachhaltige Förderung inklusiver Formen der Beteiligung«. Gleichzeitig ist eine systematische Bestandserhebung zu Wirkungen, Formen und Akzeptanz politischer Partizipation nötig. Hier könnte – analog zum etablierten Freiwilligensurvey – ein »Beteiligungssurvey« für mehr (wissenschaftliche) Klarheit sorgen.

Das Netzwerk plädiert außerdem dafür, Bürgerbeteiligung in den Gemeindeordnungen und im Planungsrecht nachdrücklich zu verankern. Bei der Planung von Infrastrukturvorhaben gelte es, die formalen Verfahren

in Zukunft durch informelle Verfahren zu ergänzen. Nicht zuletzt sollte auch auf Ebene der Europäischen Union darauf hingearbeitet werden, eine Rahmenvereinbarung – auf der Grundlage von Artikel 11 des Lissabon-Vertrages – für den Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Bundesregierung, Ländern und Kommunen aufzusetzen. Dabei steht die Frage im Zentrum, mit welchen Instrumenten und Verfahren ein »offener, transparenter und regelmäßiger Dialog« der Organe der EU mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft ermöglicht werden kann.

Die demokratiepolitische Agenda des Netzwerks Bürgerbeteiligung unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de



Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestags

Ein aktueller Aufruf fordert für die neue Legislaturperiode die Einsetzung einer Demokratie-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags. Von der Arbeit einer solchen Enquete erhoffen sich die Initiator/innen und zahlreiche prominente Erstunterzeichner/innen Impulse, die auf höchster parlamentarischer Ebene in Handlungsempfehlungen für eine Stärkung der Demokratie münden.

Enquete-Kommissionen (enquete, frz. für: Untersuchung) sind offizielle Ausschüsse zu verschiedenen gesellschaftlichen Fragestellungen, die vom Deutschen Bundestag oder den Landtagen eingesetzt werden können. Enquete-Kommissionen haben die Aufgabe, grundlegende und längerfristige gesellschaftliche und politische Problemlagen aufzuarbeiten und politische Lösungswege vorzu-

schlagen, die den Zeithorizont einer Legislaturperiode überschreiten. In der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1998–2002) setzte der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« ein. Die Arbeit der Enquete-Kommission trug – neben der Entwicklung und Formulierung von konkreten politischen Handlungsempfehlungen – entscheidend



dazu bei, die Engagementpolitik in Deutschland als eigenständiges Politikfeld zu etablieren.

In Rheinland-Pfalz arbeitet seit dem Jahr 2011 eine einstimmig von allen Fraktionen eingesetzte Demokratie-Enquete an Empfehlungen, wie die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz gestaltet werden kann.

Die Arbeit der Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestages sollte nach den Vorstellungen der Initiator/innen partizipativ ausgerichtet sein – z. B. durch Demokratie-Audits, Demokratiebilanzen, Bürgerversammlungen und Bürgerräte – und der lokalen Bevölkerung und den zivilgesellschaftlichen Akteuren angemessene Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Im Ergebnis sollen politische Handlungsstrategien erarbeitet werden, die auf allen föderalen Ebenen die Demokratie stärken und beleben.

Ein Videogespräch zur Initiative mit Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal) findet sich unter www.mitarbeit.de/videos_forum2013.html

Nähere Informationen unter www.mehr-demokratie-waehlen.de

Soziale Herkunft prägt politische Teilhabe

Das Interesse für Politik und die Bereitschaft zu politischer Teilhabe wird nachhaltig durch die soziale Herkunft geprägt: Dies ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Auch im europäischen Vergleich sind in Deutschland die Unterschiede in der politischen Beteiligung der verschiedenen sozialen Gruppen relativ stark ausgeprägt.

Menschen mit niedrigem Einkommen und Arbeitslose sind hierzulande politisch weniger interessiert und engagiert als berufstätige Mitbürger/innen ohne Armutsrisiko. Die auf der Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) erstellte Studie zeigt: In den vergangenen 30 Jahren war die politische Beteiligung von Arbeitslosen und Menschen mit niedrigem Einkommen fast immer geringer als die der restlichen Bevölkerung. Diese Ungleichheit hat sich seit den 1990er Jahren leicht verschärft. Der Anteil der Menschen ohne Arbeit, die sich stark oder sehr

stark für Politik interessieren, hat sich von 30 Prozent auf etwa 19 Prozent im Jahr 2009 verringert. Unter den Erwerbstätigen ist das Interesse an Politik in den vergangenen 30 Jahren vergleichsweise stabil geblieben. Das gleiche gilt für den Anteil der politisch interessierten Männer und Frauen mit einem geringen Einkommen im Vergleich zum Anteil der politisch interessierten Menschen oberhalb der Armutsrisikoschwelle.

Aber: Weder der Verlust des Arbeitsplatzes noch ein Einkommensrückgang führen dazu, dass Menschen ihr politisches Engage-

ment einschränken. Zentrale Ursache des politischen Desinteresses und ausbleibender Beteiligung ist die soziale Herkunft.

Der Blick auf andere europäische Demokratien zeigt: Der Grad der Ungleichheit in der politischen Beteiligung nach sozialem Status ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Die Beteiligungsquote für die Mitarbeit in Parteien und politischen Organisationen ist hierzulande bei erwerbstätigen Menschen fast doppelt so hoch wie bei Arbeitslosen. Der Unterschied ist im Vergleich zu Frankreich oder Dänemark besonders groß, nur in einigen Ländern Ost- und Mitteleuropas ist er noch größer.

Die Autoren der Studie empfehlen deshalb, dem »Herkunftseffekt« frühzeitig entgegenzuwirken und herkunftsbedingte Bildungsunterschiede zu verringern. Dies könne z.B. durch eine breitere Verankerung demokratischer und politischer Bildung in Schulen erreicht werden.

Nähere Informationen unter www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.429629.de/13-42.pdf

Netzwerkarbeit erfolgreich gestalten

Das Arbeiten in Netzwerken wird immer wichtiger. Der rasche gesellschaftliche Wandel und die zunehmende Komplexität der Herausforderungen kann von einzelnen Akteuren nicht (mehr) alleine bewältigt werden. Netzwerke sind vor allem dann hilfreich, wenn bei der Bearbeitung anstehender Aufgaben akteurs- und sektorübergreifend zusammengearbeitet und verschiedene Perspektiven und Kompetenzen integriert werden sollen. Netzwerke helfen dabei, Ressourcen zu bündeln und eine Grundlage für tragfähige und breit akzeptierte Veränderungen zu schaffen.

Das Seminar »Kooperation und Vernetzung in Projekten der Bürgerbeteiligung« (4. bis 5. April 2014 in Mainz) vermittelt Grundlagen der Netzwerkarbeit: Was sind Netzwerke und was zeichnet sie aus? Welche Aufgaben stehen im Verlauf von Netzwerkprojekten an? Welche Herausforderungen stellen sich? Welche Faktoren fördern Netzwerkprozesse? Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teilnehmer/innen über die Gestaltung erfolgreicher Netzwerkarbeit.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Social Media für Vereine und Initiativen

Alle reden davon und viele tummeln sich dort: Internet-Communities wie Facebook oder Twitter scheinen virtuelle Orte zu sein, an denen man nicht mehr vorbeikommt.

Welche Bedeutung hat das »Social Web« für die Arbeit größerer und kleinerer bürgerschaftlicher Organisationen? Wie kann über diese Kommunikationskanäle eine andere Aktivierung und Vernetzung ermöglicht werden? Und welche Veränderungen bringt dies für die eigene Organisation? Wo liegen die

Anforderungen, wo die Grenzen dieser Öffentlichkeits- und Kommunikationsarbeit?

Die Teilnehmer/innen des Seminars (21. bis 22. März 2014 in Weimar) lernen die Möglichkeiten und Chancen des Social Web an praktischen Beispielen wie Facebook und Twitter kennen. Interessierte Gruppen haben die Möglichkeit, ihren Auftritt und ihre Zukunftspläne im Social Web zu diskutieren.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Illustration: Tanja Föhr (www.foehrikommunikation.de)

Rückblick auf das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« im September 2013 in Loccum: Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die Präsentationen der Referent/innen sowie weitere Materialien, Bilder und Videos stehen unter www.mitarbeit.de/forum2013.html zum Abruf bereit.

Seminar

Moderation ist keine Zauberei!

Die Moderation von Besprechungen und Veranstaltungen in Engagement- und Beteiligungsprozessen ist eine besondere Herausforderung. Es kommen Akteure mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen, Einstellungen, Anforderungen und Hintergründen zusammen. Nicht selten besteht auch ein mehr oder minder großes Konfliktpotenzial.

Im Blickpunkt des Seminars (28. bis 29. März 2014 in Köln) steht die Frage, wie Treffen von Gruppen (bis zu 30 Teilnehmer/innen) sinnvoll gestaltet und zu tragbaren Ergebnissen geführt werden können.

Das Seminar richtet sich an Prozessbeteiligte und Gestalter/innen von Beteiligungs- und Engagementprozessen, die bereits erste Moderationserfahrungen gesammelt haben. Themen sind u.a. die Anwendung klassischer Moderationsmethoden und neuer Ansätze, die gemeinsame Erarbeitung sinnvoller Lösungen und der Umgang mit schwierigen Situationen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg ·
IBAN DE89 3806 0186 2010 5400 14 ·
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.